

Regierungswechsel in Sabah

Knapp einen Monat nach der Wahl seiner Partei, Parti Bersatu Sabah (PBS), zur stärksten Fraktion im Landesparlament des Bundesstaates Sabah (vgl. SOAI 1/94, S. 45) gab Ministerpräsident Joseph Pairin, am 17. März bekannt, daß er keine Mehrheit mehr im Parlament habe und deshalb zurücktrete. Dies war Folge einer gezielten und erfolgreichen Abwerbung von Parlamentsmitgliedern der PBS durch die Barisan Nasional (BN = Nationale Front). Unter ihnen war Pairins Bruder, Jeffrey Kitingan, und prominente PBS-Führer wie Bernard Dompok und Joseph Kurup.

Tan Sri Sakaran Dandai von der UMNO Baru, der führenden malayischen Partei in der Regierungskoalition BN auf Bundesebene, wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Er kündigte einen sofortigen Stopp und die Überprüfung aller Projekte und Überweisungen sowie die Beendigung von Verträgen und Ernennungen durch die PBS-Regierung seit der Wahl an. Gleichzeitig gab der Premierminister der Bundesregierung, Mahathir Mohamad, bekannt, er werde in nächster Zukunft Gelder für die Entwicklung Sabahs bereitstellen. "Das zeigt, daß wir es ernst mit der Erfüllung unserer Wahlversprechungen meinen." Es zeigt auch, wie schwer die Fehde der Bundesregierung gegen die PBS-Landesregierung gewesen war, nach Beobachtern die längste Feh-

de in der gegenwärtigen Geschichte Malaysias.

Die Niederlage von Pairins PBS nach fast 10 Jahren an der Regierung ist nach Ansicht vieler Beobachter ein zynischer Mißbrauch des demokratischen System durch die BN mit ihrer extravaganten "Geldpolitik". "Das Geld ist nun der Souverän, nicht die Wünsche der Bevölkerung", stellte ein Kommentator fest. "Nach dem knappen Sieg waren wir untereinander habgierig, mißtrauisch und neidisch, und das brach uns das Genick", erläuterte ein PBS-Funktionär. Schätzungen über die Höhe der Summen, die von der BN an PBS-"Verräter" gezahlt worden sein sollen, reichen von M\$ 3 Mio. bis 20 Mio. für jeden.

Seit dem Austritt wurden eine Reihe von neuen Parteien gegründet, in denen die Abtrünnigen sich als die Partei der Kadazan darstellen wollen. Dies wurde besonders offensichtlich, nachdem Mahathir angekündigt hatte, daß in Sabah der Posten des Ministerpräsidenten in der Parteienkoalition (BN) im Rotationsverfahren nach den ethnischen Parteien wechseln würde. Jeffrey Kitingan hatte zwei Versuche der Parteigründung unternommen, bevor er schließlich der PDSB beitrug. Joseph Kurup gründete die Parti Bersatu Rakyat Sabah (PBRS) und Bernhard Dompok die Parti Demokrasi Sabah (PDS). Alle drei Parteien sind natürlich der BN beigetreten.

Quelle: FEER 31.3.94, div. NST

Malaysischer UN-Soldat getötet

Am 20. April wurde Major Ramli Shaari, der im malaysischen Kontingent der Vereinten Nationen (UN) diente, beim Einsatz in Kroatien durch eine Landmine getötet. Das ist der zweite malaysische Soldat, der bei UN-Einsätzen umgekommen ist. Der einfache Soldat Mat Aznan Awang war im Oktober letzten Jahres in Mogadischu getötet worden.

Shaaris Tod nährte zusätzlich die wachsende Betroffenheit in Malaysia über die Politik der UN, die als ineffektiv bis diskriminierend gegenüber den bosnischen Muslims angesehen wird. Aber es gibt keinerlei Pläne, die malaysischen Truppen abzuziehen. Shaari wurde mit allen militärischen Ehren beigesetzt.

Malaysia betreibt eine große Kampagne für die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina. Darüber hinaus trifft eine wachsende Koalition von Regierungs- und Oppositionsparteien und Gruppen zusammen mit Individuen, für die Auswechslung des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali durch eine "weniger durch die Supermächte beeinflusste" Person ein. Regierung und Opposition sind sich in der Verdammung der Vereinten Nationen bei der Behandlung der Krise in Bosnien-Herzegowina einig.

In einer Erklärung des Außenministeriums zum Todestag von Shaari wurde festgestellt, daß "die Durchsetzung eines Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina ein

deutliches Anzeichen für die Konfusion und die Krise innerhalb der UN ist". Boutros-Ghali könne nicht länger sein "seltsames Spiel" verbergen und seine Allianz mit den Aggressoren sei nun allgemein bekannt. Das Außenministerium forderte die Aufhebung des Waffenembargos und gemeinsame Aktionen gegen diejenigen, die wehrlose Bosnier töteten.

Andere Gruppen fordern, daß Malaysia voran gehen sollte, sich für mehr Waffen und Soldaten einzusetzen, um den Bosniern zu helfen, ihr souveränes Land zu verteidigen. Die Jugendorganisation der malaysischen Regierungspartei, UMNO Baru, verurteilt besonders lautstark die Doppelmoral der UN und die Heuchelei der westlichen Mächte in bezug auf Bosnien, Auffassungen die von Führern und Sprechern der Parti Islam ebenfalls geäußert werden.

Nichtregierungsorganisationen haben eine gemeinsame Front "Barisan Bertindak Bosnia" (BBB) gegründet, um Aktivitäten "für eine gerechte Lösung für Bosnien" auf internationaler Ebene zu koordinieren. Die wesentlichen religiösen, Menschenrechts-, Umwelt-, sozialen und politischen Organisationen haben sich zusammengetan, um Druck auf die UN auszuüben, den Massenmord in Bosnien zu beenden.

vgl. NST 23.4.94; div. Ausgaben Harakah

Überprüfung der Arbeitsgesetzgebung

Der Arbeitsminister (Minister of Human Resources), Datuk Lim Ah Lek, kündigte eine Ergänzung des Arbeitsgesetzes (Industrial Relations Act) an, wonach Gewerkschaften, die eine einfache Mehrheit der Beschäftigten eines Betriebes für ihre Gründung gewinnen, automatisch anerkannt werden. Zur Zeit können die Arbeitgeber solch eine Anerkennung hinauszögern, in einem Fall bis zu 17 Jahre.

Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß ein Dreiparteien-Ausschuß eingesetzt werden solle, um alle Arbeitsgesetze zu überprüfen.

Allerdings hat der größte malaysische Gewerkschaftsdachverband, Malaysian Trade Union Congress (MTUC), das Treffen boykottiert, auf dem dies mitgeteilt wurde, weil der Minister eine automatische Einbeziehung des MTUC in diesen Ausschuß verweigert. Er besteht darauf, es sei in seinem Ermessen, jemanden zum Arbeitnehmervertreter zu ernennen. Der MTUC wurde bisher in mehrere einschlägige Regierungsausschüssen nicht miteinbezogen, so etwa nicht in den für die Sozialversicherungen.

Lim hatte auch Meinungs-

verschiedenheiten über den umstrittenen Vorschlag einer "Sozialklausel" im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), die zum Abschluß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) gegründet wurde. Der Generalsekretär der MTUC, G. Rajasekaran, hat erklärt, daß sein Verband eine solche Klausel unterstützen würde, denn sie würde den Arbeitern in Entwicklungsländern nützen und dazu beitragen bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Jedoch sieht die malaysische Regierung, im Konsens mit den anderen Regierungen der ASEAN-Staaten, in der Sozialklausel einen böartigen

und unfairen Versuch der niedergehenden westlichen Wirtschaften, "den komparativen und Wettbewerbsvorteil von Entwicklungsländern zu unterlaufen".

Die Initiativen des Arbeitsministers in bezug auf die Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzgebung werden von Beobachtern als Versuch gedeutet, Kritiken auf dem kommenden Treffen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf zuvorzukommen. Malaysia wird schon lange wegen seiner Politik der Zulassung von Gewerkschaften, insbesondere im Elektronikbereich, kritisiert.

vgl. Star 21.4.94; ST 23.4., 21.5.94

Razzia unter philippinischen Hausangestellten

Die Polizeirazzia bei rund 1500 weiblichen philippinischen Hausangestellten im April in Kuala Lumpur macht wieder einmal deren ungesicherte Position gegen Übergriffe durch Agenten, Arbeitgeber und die Regierung deutlich. Sie führte auch zu einem scharfen diplomatischen Notenwechsel zwischen der malaysischen und philippinischen Regierung.

Die Razzia, die vor allem an einem Sonntag vor den Kirchen stattfand, wurde von der Polizei mit der Suche nach Kriminellen und Prostituierten gerechtfertigt. Allerdings wurden nur 32 für Verhöre länger festgehalten, von denen die meisten am nächsten Tag entlassen wurden.

Gegenüber der Presse erzählten einige der Hausangestellten, wie sie übers Ohr

gehauen wurden. In der Annahme, eine gute Beschäftigung in Malaysia zu erhalten, hatten viele gegenüber Vermittlungsagenturen Blanko-unterschriften geleistet – ihnen wurde versichert, daß sei so üblich – , nur um nach der Ankunft festzustellen, daß ihre Bezahlung für die ersten 5 Monate um einen bestimmten Betrag "für Auslagen" gekürzt werden z.B. von M\$ 500 auf 400. Nach Untersuchungen der in Malaysia lebenden Filipina Caridad Tharan über philippinische Hausangestellte gibt es noch viele weitere Möglichkeiten des Mißbrauchs durch die Arbeitgeber.

Anita Dongat, eine philippinische Hausangestellte, stellte fest: Malaysia solle sich darüber im klaren sein, "daß wir Teil der Vision 2020 sind. Ohne uns könnten unsere

Arbeitgeber nicht so viel arbeiten. Wir leisten einen Beitrag für die malaysischen Familien."

Die Polizeirazzia habe in keiner Weise dazu beigetragen, Vertrauen zu schaffen, im Gegenteil, so wird aus einer Bittschrift von Vertreterinnen der Hausangestellten an das Innenministerium deutlich, habe die Razzia Angst und Verwirrung gestiftet. In der Öffentlichkeit wird gefragt, warum ausgerechnet an einem Sonntag eine solche Operation durchgeführt wurde? Denn die Kirche ist ein wichtiger Treffpunkt und soziales Zentrum für Hausangestellte, von denen viele sonst isoliert leben. "Wir beraten sie, übernehmen den Rechtsbeistand und stellen Kontakt zur philippinischen Botschaft her", sagte Atilio Alicia, Dozent an der University of Malaya und Mitglied der katholischen St.-Francis-Xavier-Gemeinde.

Trotz Verbesserung der Lage des Hauspersonals seit der gesetzlich vorgeschriebenen Registrierung von Vermittlungsagenturen in mancher Hinsicht, werde ihnen weiterhin die Reisedokumente vorenthalten und seien sie ihrem Arbeitgeber nach wie vor weitgehend ausgeliefert.

vgl. Star 10.4.94

– Anzeige –

Schindlers Liste

Die Bekanntgabe, daß Malaysia den Film "Schindlers Liste" verbieten würde, wurde innerhalb wie außerhalb des Landes mit solcher Bestürzung aufgenommen, daß eine peinliche Rücknahme des Verbots kurze Zeit später am 30. März erfolgte. Das Verbot war ursprünglich von der malaysischen Filmzensurbehörde ausgesprochen worden, die "jüdische Propaganda" als Grund angab, eine Begründung, die von Premierminister Mahathir Mohamad unterstützt wurde, der allerdings auf Nachfrage zugab, den Film nicht gesehen zu haben. Malaysia habe schließlich ein Recht, so Mahathir, Filme zu

verbieten.

Nach der Zeitung "Sun" zeigt die Art, wie die Behörde die ganze Sache behandelt hat, wie weit sie von der heutigen malaysischen Gesellschaft entfernt ist. Mit der Bekanntgabe der Rücknahme des Verbotes sagte der stellvertretende Premierminister, Anwar Ibrahim, "die Entscheidung steht in einer Linie unserer Opposition gegen alle Formen der Unterdrückung, Tyrannei und Greuelthaten. (...) Allgemeine Menschlichkeit fordert unsere Sympathie für die Opfer, unabhängig von Rasse, Nationalität oder Religion." Er betonte allerdings auch, daß der Film noch den

normalen Richtlinien unterworfen würde, was manche Beobachter so interpretieren, daß einige Nackt- und Gewaltszenen herausgeschnitten würden.

Der Regisseur des Films, Steven Spielberg, und die Verleihfirma, UPI, bestanden darauf, daß der Film entweder ungeschnitten oder überhaupt nicht gezeigt werden dürfte. Nach der Bekanntgabe des Verbotes hat es vor allem in der jüdischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten verbreiteten Ärger und Mißbilligung gegeben, was malaysische Diplomaten sehr in Verlegenheit brachte. Selbst Mahathir mußte seine Position zurücknehmen.

vgl. Sun 2.4.94, Bernama

Staatsbankvorsitzender zurückgetreten

Der Verlust von M\$ 15 Mrd. der malaysischen Nationalbank, Bank Negara, bei Geschäften auf dem Devisenmarkt hat zur "vorgezogenen Pensionierung" ihres Vorstandsvorsitzenden, Jaffar Hussein, geführt. Die Oppositionsparteien sehen in diesen Geschäften "den größten Finanzskandal in der malaysischen Geschichte".

Die Bank Negara hat zugegeben, daß die Verluste prak-

tisch zur Zahlungsunfähigkeit geführt hätten, wenn nicht die Regierung sie unterstützt hätte. Premierminister Mahathir und sein Kabinett halten es lediglich für eine "unglückliche Episode", die nun zu Ende sei. Die Bank ist seit langem bekannt für abenteuerliche Vorstöße auf internationalen Finanzmärkten, die Ende 1992 scheiterten, als die Bank große Mengen Pfund Sterling und Deutsche Mark aufkaufte.

Die Opposition fordert von der Regierung, die Verantwortung zu übernehmen und eine Übersicht über alle Transaktionen, Verluste und die Verantwortlichen zu veröffentlichen, was vermutlich nicht geschehen wird. Mahathir stellte fest, daß die Verluste keinerlei Auswirkungen auf die malaysische Wirtschaft hatten.

vgl. Financial Times 5.4.94; div. Ausgaben von NST

Neu bei **ISP**

Hella Kothmann (Hrsg.)
Das siamesische Lächeln



Hella Kothmann

Das siamesische Lächeln

Ein politisches Lesebuch
über Thailand

franz. Broschur

168 Seiten, diverse Fotos, DM 28,00
ISBN 3-929008-71-8

Der Band bietet eine Auswahl von Essays, Kurzgeschichten, Gedichten und Liedertexten thailändischer Autorinnen und Autoren.

Sie geben Einblick in die Bewußtseinsentwicklung der thailändischen Gesellschaft und in Engagement und Probleme der sozialistischen Opposition.

Die Zwischenkapitel der Herausgeberin informieren über den historisch-politischen, literarischen und biographischen Hintergrund der Texte.



Neuer ISP Verlag
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt

Neues Gesamtverzeichnis anfordern!